

waberten: Kanzler Kohl hatte, nach zweitägiger Visite im Bush-Quartier Camp David, soeben den Rückflug angetreten. Momper freute sich frivol: „Mal sehen, was ich jetzt hier so alles in Ordnung bringen muß.“

In der Tat hatte der Kanzler in Washington keinen sonderlich guten Eindruck hinterlassen. Auf die geforderte Anerkennung der polnischen Westgrenze wollte er sich nicht einlassen, Kongreß-Schwergewichte wie die Senatoren Sam Nunn oder Dale Bumpers mokierten sich bei Momper über den bräsigen Bonner Regierungschef. Bumpers: „Dieser Mann will offenbar um jeden Preis Geschichte machen.“

Kaum ein US-Gesprächspartner versäumte es, den Besucher aus Berlin am Rand der zahlreichen Empfänge und Redeauftritte auf Kohls Ausweichtaktik zur Oder-Neiße-Grenze anzusprechen. Momper hielt nicht hinter dem Berg: „Das Geieere um die polnische Westgrenze ist politisch falsch und handwerklich ein Fehler.“ Seine Gastgeber erfreute er mit dem Bekenntnis, er stehe „der Politik Ihres Präsidenten näher als der des Bundeskanzlers“.

Die Amerikaner mögen den Sozi aus Berlin, schon weil er „idiomatisch Englisch spricht“, wie US-Diplomaten loben. Im Nachrichtenmagazin *Newsweek* avancierte Momper letzte Woche zu einer der 20 wichtigsten deutschen Persönlichkeiten der neunziger Jahre; er sei ein „möglicher künftiger Kanzler“.

Vom schnellen Aufstieg und dem deutsch-deutschen Entwicklungstempo wird Momper gelegentlich selber überrollt. So wurde sein Vorschlag, die DDR für eine Übergangszeit zu entmilitarisieren und nach Berlin-Vorbild unter Viermächte-Aufsicht zu stellen, nicht rechtzeitig zur Paris-Visite fertig.

Der Autor, Senatskanzleichef Dieter Schröder, hatte anderweitig zu tun: Der Völkerrechtler mußte in Bohnsdorf im Süden von Berlin zusammen mit den Oberen von Lufthansa und Interflug eine Versammlung fluglärmgeschädigter DDR-Bürger beschwichtigen und kam mit dem Papier zu spät nach Paris.

Dort konnte der „Momper-Plan“ dann „nur noch im Rausgehen an der Tür abgegeben werden“, wie sich Senatssprecher Werner Kolhoff erinnert. Zu allem Überfluß werde das Modell, von Außenminister Hans-Dietrich Genscher später aufgegriffen, „jetzt Genscher-Plan genannt“. Momper unverdrossen: „Wie man sieht, es sickert durch.“

Der geschäftige Hauptstadtreisende fiel seinen Gesprächspartnern vor allem durch unverblümte Sprache auf. Das Siegerrecht, so erklärte er den Gastgebern in Washington, Paris und London, dürfe nicht länger Grundlage der Stationierung westlicher Streitkräfte in seiner Stadt sein, es müsse von einer europäischen

Vereinbarung abgelöst werden. Und zur alljährlichen Berliner Militärparade mit klingendem Spiel, sollte sie überhaupt noch stattfinden, wird Momper nicht mehr gehen, selbst wenn die britische Premierministerin Margaret Thatcher beim nächsten Mal persönlich einen Panzer um die Siegestsäule lenken sollte.

In den empfindsamen Ohren der Schutzmacht-Vertreter mag es übel hallen, wenn Momper feststellt: „Die Nachkriegsordnung ist zu Ende – das war's. Doll, daß so was 40 Jahre hält.“ Ganz undiplomatisch war wohl auch sein Lamento in London, inmitten des demokratischen Aufbruchs im Osten dürfe West-Berlin nicht wie ein „letztes halbkoloniales Gebiet“ dastehen, wo den Bürgern die direkte Beteiligung an der Bundestagswahl verwehrt werde.

Die Klartext-Reden scheinen sich anzuzahlen. Keiner der Westalliierten, so das wichtigste Ergebnis der Momper-Reisen, sperrt sich mehr gegen eine Änderung alter Schutzmacht-Bestimmungen. Derzeit konsultieren die drei Westmächte deshalb die Sowjetunion.

Anders als Kohl wurde der Berliner auch in Washington nicht vom Glück verlassen. Nach der Bush-Audienz erschien Momper auf dem Rasen des Weißen Hauses und lief dort geradewegs in einen Wald von Kamerastativen, wie er sonst für deutsche Gäste selten aufgebaut wird.

Grund für das Spektakel: Momper hatte die Klinken des Oval Office von einem anderen Prominenten übernommen – der amerikanische Football-Megastar Joe Montana war soeben, zusammen mit ein paar muskelbepackten Brechern der „San Francisco 49ers“, vom Präsidenten zum dritten Gewinn der Meisterschaft beglückwünscht worden. Kaum war Montana weg, war der rote Schal im Bild.

Oder-Neiße

## Unehrlich und zweideutig

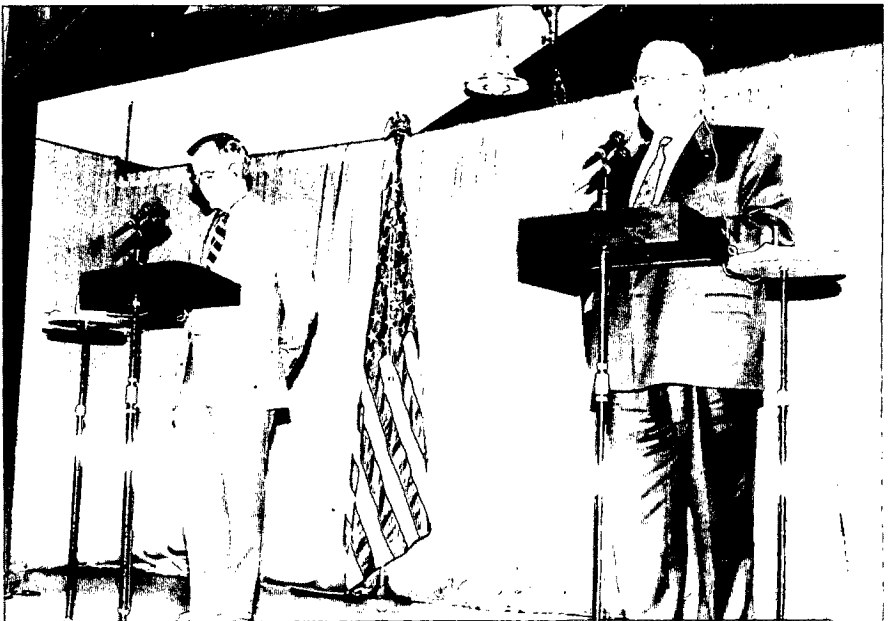
Helmut Kohl, der so gern die deutsche Einheit zimmern würde, erschwert sie durch törichte Aussagen zur polnischen Westgrenze.

In der sowjetischen Hauptstadt hatte Helmut Kohl, wie er meint, den Schlüssel zur deutschen Einheit abgeholt. Im amerikanischen Camp David wollte der – wie er hofft – künftige gesamtdeutsche Kanzler 14 Tage später dem Präsidenten der westlichen Supermacht den Schlüssel schon mal zeigen. Aber, wie so oft, die Selbstdarstellung ging daneben.

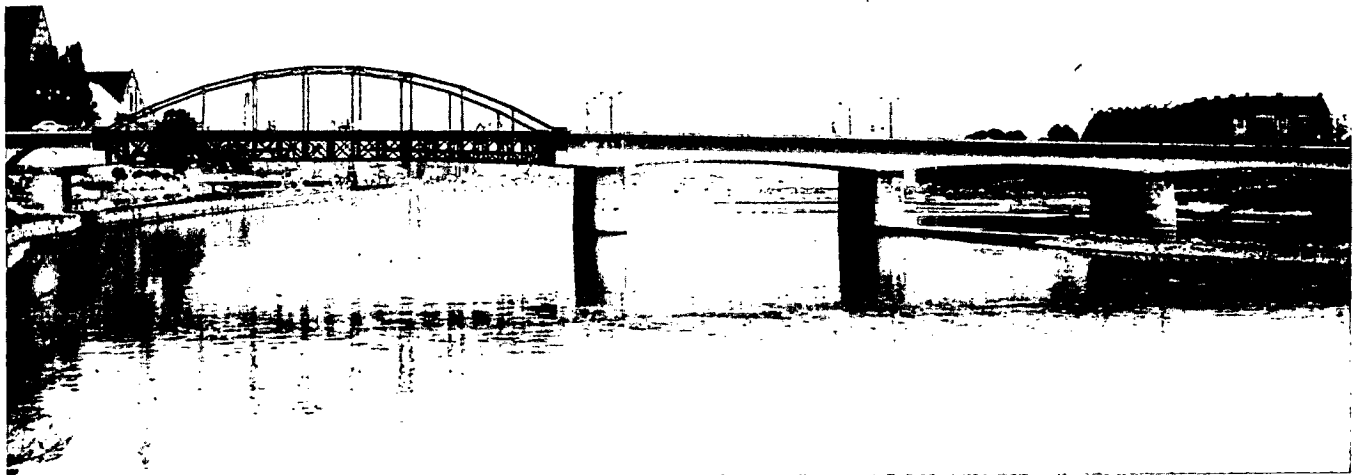
Was immer bei dem gemeinsamen Auftritt mit George Bush gesagt wurde, in der Öffentlichkeit blieb nur ein Satz Kohls hängen: Die Anerkennung der polnischen Westgrenze müsse einem gesamtdeutschen Souverän vorbehalten bleiben.

Damit brachte der Einheitskanzler die gesamte Weltöffentlichkeit gegen sich auf – und vertiefte zugleich den Konflikt mit seinem freidemokratischen Koalitionspartner. „Sämtliche Regierungen“, so FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher bündig, „sind beunruhigt.“

Der US-Präsident stellte am vorletzten Wochenende – für Kohl brüskierend – noch an Ort und Stelle klar, daß für die USA die Oder-Neiße-Linie die endgültige Grenze bleibt. „Unvernünftig“ sei es, so der französische Außenminister Roland Dumas in West-Berlin in gänzlich



Verbündete Bush, Kohl in Camp David: Den Bonner Freund brüskiert



## Deutsch-polnische Grenze in Frankfurt/Oder: „Eine Frage von Leben und Tod“

undiplomatischer Sprache, die dringend gebotene Antwort an Polen „aufzuschieben“.

Die Londoner *Times* warnte den Kanzler, er spiele der Premierministerin Margaret Thatcher „in die Hände“, die „feierliche und bedingungslose Garantien“ für die europäischen Nachkriegsgrenzen verlangt. In den Augen der Polen betreibt der Kanzler „ein unehrlisches, zweideutiges Spiel“ (*Gazeta Wyborcza*).

Kohl bringt sich selber immer mehr mit seinem „Geeiere“ (FDP-MdB Hildegard Hamm-Brücher) um die politische Glaubwürdigkeit. Allzugern möchte er als Kanzler der Einheit in die Geschichtsbücher eingehen; doch er verhindert es derzeit mit seiner zweideutigen Grenz-Erklärung. Mit immer neuen Formulierungen sucht er Zweifel an der Zuverlässigkeit seiner politischen Ziele zu zerstreuen, aber ein Erfolg ist nicht meßbar.

In Camp David wiederholte Kohl eine Formel, die er schon im Januar in Paris verkündet hatte: „Niemand will die Frage der Einheit der Nation mit der Verschiebung bestehender Grenzen verbinden.“ Und in gespielter Ratlosigkeit fügte er hinzu: „Ich weiß nicht, was ich noch mehr sagen soll.“ Aber bald darauf wußte er doch ein bißchen mehr.

Anfang des Jahres hatte Kohl noch den *SPIEGEL* (Heft 2/1990) dementiert, in dem es hieß, nach der Wahl in der DDR sollten beide deutschen Parlamente gleichlautende Grenzgarantien beschließen. Letzte Woche schlug er genau dieses Verfahren vor, das Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth erstmals in die Debatte gebracht hatte.

Zu spät: Denn inzwischen hatte der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki längst ein anderes Vorgehen angeregt. Die beiden deutschen Staaten sollten einen Vertrag mit Polen abschließen, der zunächst nur paraphiert werden solle, ohne rechtliche Verbindlichkeit. Die sollte erst nach Unterzeichnung durch eine gesamtdeutsche Regierung und Ratifikation in einem gesamtdeut-

schen Parlament erreicht werden. So wären Kohls rechtliche Vorbehalte berücksichtigt.

Bonn's Außenminister lobte den politischen Plan als „interessanten und ernst zu nehmenden Ansatz“. Der Kanzler lehnte ab: Er habe den Plan „nicht akzeptiert“.

Und stellte, zu allem Überfluß, auch noch Bedingungen: Die Polen müßten auf jegliche Reparationsforderung gegenüber Deutschland verzichten und außerdem Minderheitenrechte der im Land lebenden Deutschen vertraglich regeln.

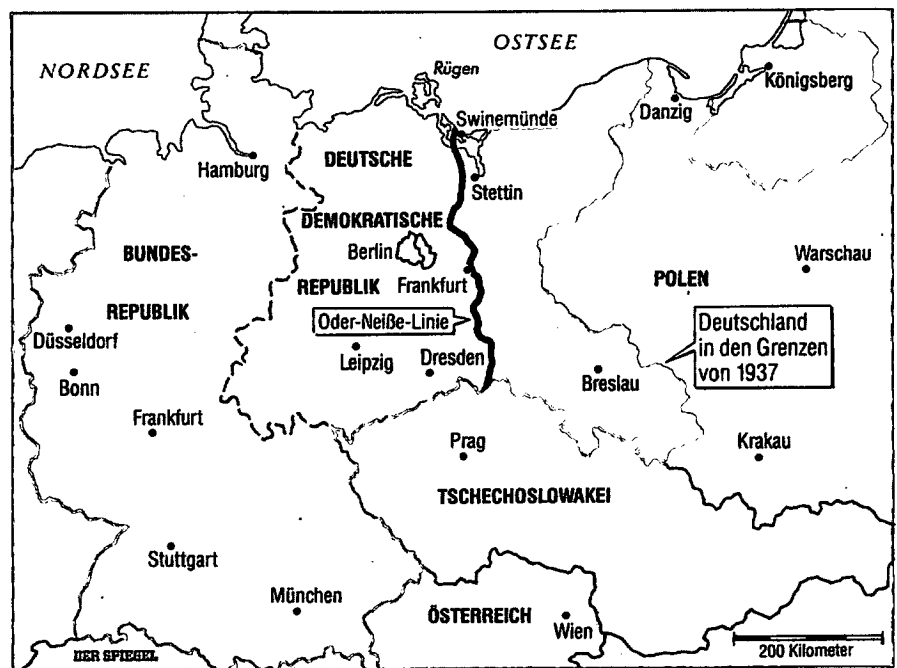
Selbst dem Kanzler ist durchaus bewußt, daß die ehemals deutschen Ostgebiete endgültig verloren sind. „Aber er nimmt für sich das Recht in Anspruch“, erläutert ein Vertrauter, „es sich nicht mit den Vertriebenen zu verderben.“ Nicht revanchistische Gelüste, heißt es, trieben ihn um – aber was dann? Ist es Wahltaktik, die ihn außenpolitischen Schaden in Kauf nehmen läßt, bloß um nationalisti-

sche Reststimmen für die Union zu erhalten?

Oder ist es politisches Kalkül; will er für die Serie internationaler Konferenzen, die einer deutschen Vereinigung vorgeschaltet sind, noch ein – vermeintliches – Faustpfand behalten, das er dann erst auf dem Verhandlungstisch großzügig opfert?

Er riskiert dabei innen- wie außenpolitisch kaum reparable Schäden. Außenminister Genscher, mit dem er Anfang dieser Woche unter vier Augen über Polen reden will, wird – so fordern es Parteifreunde schon – sicher nicht die Koalitionsfrage aufwerfen; denn Duzfreund Genscher ist intern allemal sanfter, als er später draußen erzählt.

Der FDP-Ressortchef nutzt die zwielichtigen Äußerungen seines Regierungschefs als willkommene Gelegenheit, die eigene Position ins rechte wählerwirksame Licht zu rücken. Genscher ist besorgt, daß der Kanzler mit seiner



diffusen Haltung die für den Einigungsprozeß noch nötigen Staaten in Ost wie West gegen die Deutschen aufbringt. Der Pariser *Nouvel Observateur* sprach bereits von deutscher „Arroganz“.

Ernster zu nehmen sind die Ängste in Polen. Die polnische Führung hat nie einen Zweifel daran gelassen, was für sie auf dem Spiel steht. „Die Garantie der Staatsgrenzen ist für uns eine Frage von Leben und Tod“, erklärte Ministerpräsident Mazowiecki. Jedes Nachgeben in dieser Frage könne die Solidarność-Regierung stürzen; zu viele Polen fürchten das Gespenst des deutschen Revanchismus, das die polnischen Kommunisten bei jeder Gelegenheit aus der Requisitenkammer geholt hatten und das nun leibhaftig Gestalt annimmt.

Daß Kohl die Sorgen der Polen so gering achtet, nennt Marian Podkowinski, Publizist und einer der angesehensten Deutschlandexperten des Landes, noch höflich „einen Mangel an Vorstellungskraft“. Kohl vergesse leichtfertig, daß für die meisten Polen ein großes Deutschland „immer noch ein Schreckensbild ist, das sie mit Bismarck und Hitler verbinden“.

Für viele Polen führt noch immer eine gerade historische Linie von den räuberischen preußischen Ordensrittern des Mittelalters, die den polnischen Staat bedrohten, zu Adolf Hitler, der neben den Juden auch die polnische Nation ausmerzen wollte.

Die Angst wird konkret, seit nach der Demokratisierung des Landes immer mehr Deutsche mit eindeutigen Absichten auftauchen.

Jan Lopuszanski, Abgeordneter der Solidarność-Fraktion und Chef der National-Christlichen Vereinigung: „Wenn eine Staatsfarm zusperrt, kommt gleich ein Deutscher, der alles kauft und einen polnischen Pächter einsetzt.“

Die polnische Gemütslage beschreibt der Schriftsteller und Senator Andrzej Szczypiorski: „Ich persönlich weiß, daß die Deutschen gar nicht daran denken, an unserer Westgrenze zu rütteln. Aber weiß das auch der kleine Mann auf der Straße? Warum machen es die Deutschen ihren Nachbarn immer so schwer, an ihre redliche Absicht zu glauben?“

Das liegt an der merkwürdigen Semantik Helmut Kohls. Warum, so fragen Beamte aus Genschers Außenministerium, verrennt sich der Kanzler „in einem Anflug von Bockigkeit“ in Rechtspositionen? Warum läßt Kohl alle Welt im Zweifel, obwohl die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze für keinen Staat in Ost und West außer Frage steht?

Der Bonner Regierungschef liefert weltweit nur Vorwände, die ungeregelte Oder-Neiße-Frage zum Anlaß für eine Einrede gegen die Vereinigung der Deutschen zu nehmen. Die britische

Premierministerin Margaret Thatcher etwa wartet nur auf eine Gelegenheit, ihren Inselstaat als Garantiemacht zur Absicherung der polnischen Westgrenze ins Spiel zu bringen. „Das wäre“, hieß es letzte Woche nach entsprechenden Berichten der Botschaft in London im Auswärtigen Amt, „eine ungeheure Demütigung für uns.“

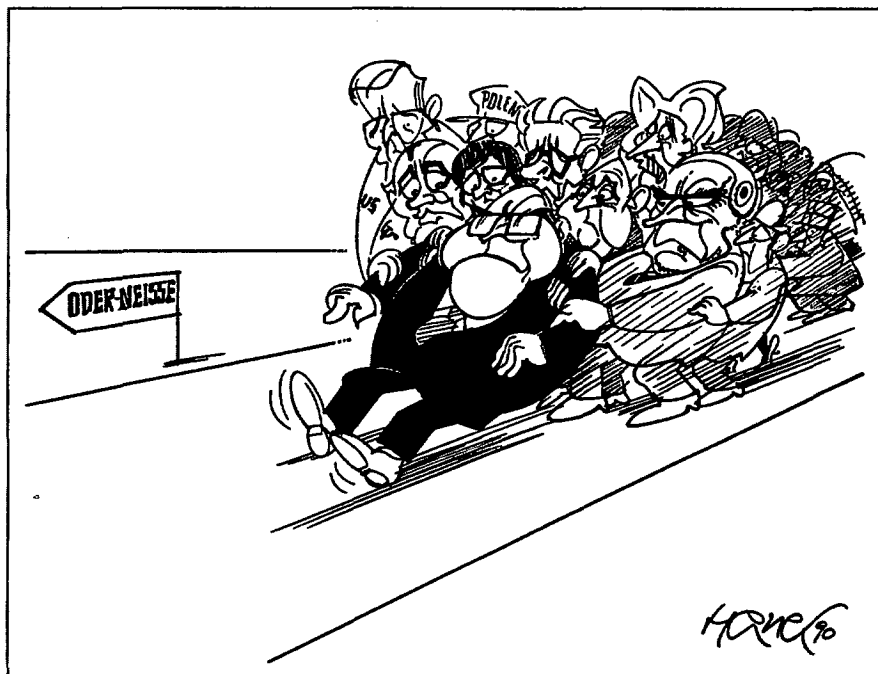
Mit seinem Verhalten zögert Kohl womöglich die Einheit der Deutschen hinaus. Noch stehen die vier Siegermächte dazu, die deutsche Frage allein mit den beiden deutschen Staaten zu lösen.

Auf keinen Fall, warnte Genscher den Kanzler, dürfe sich Bonn auf die „teure Lösung“, einen Friedensvertrag, einlassen. Säßen die ehemaligen Kriegsgegner der Deutschen, über 50 Staaten, mit am Verhandlungstisch über Deutschland zu

len zu verzichten, um damit einen weiteren Beitrag zur Lösung der deutschen Frage im Geiste der Demokratie und des Friedens, in Übereinstimmung mit den Interessen des polnischen Volkes und aller friedliebenden Völker zu leisten.

Mit seiner Forderung, die Polen müßten diese Erklärung erst einmal bekräftigen, gewinnt Kohl nichts – außer Ärger mit Polen (Mazowiecki im Deutschen Fernsehen: „Ich bin sehr erstaunt“) und außer einer weiteren Profilierungsmöglichkeit für seinen Vize Genscher, den Kohl vor der Veröffentlichung seiner Bedingungen wieder einmal nicht unterrichtet hatte. „In dieser Sache“, stöhnte ein Polen-Experte aus Genschers Amt, „haben wir keine Verbündeten.“

Die hat Kohl nicht einmal unter seinen konservativen Zöglingen in der



Der Kanzler auf dem Weg zur Oder-Neiße-Anerkennung

Kölner Stadt-Anzeiger

Gericht, wäre das, 45 Jahre nach Kriegsende, ein wahrer Anachronismus – zu schweigen von Reparationsforderungen in astronomischer Höhe.

Bisher hat Polen, das unter dem deutschen Überfall 1939 besonders litt, immer wieder die Entschädigung für polnische Zwangsarbeiter eingefordert, auf Reparationen indessen verzichtet. In einer Erklärung vom 23. August 1953 heißt es:

Mit Rücksicht darauf, daß Deutschland seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Reparationen bereits in bedeutendem Maße nachgekommen ist und daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands im Interesse seiner friedlichen Entwicklung liegt, hat die Regierung der Volksrepublik Polen den Beschluß gefaßt, mit Wirkung vom 1. Januar 1954 auf die Zahlung von Reparationen an Po-

DDR. Letzten Donnerstag bekräftigte DSU-Chef Hans-Wilhelm Ebeling im Beisein des Kanzlers die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze.

Unter den Parteien in der DDR gibt es darüber keinerlei Dissens, auch nicht in der Bevölkerung: Westdeutsche Wahlkämpfer in der DDR erhalten – bei allen Resentiments der Ostdeutschen gegenüber Polen – ungeteilten Applaus, wenn sie die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze fordern.

Nur die Regierenden in Warschau spenden bei aller Verbitterung ironischen Beifall. Polens Präsident Wojciech Jaruzelski: „Noch nie haben wir von Washington über London und Paris bis Moskau eine so einhellige und intensive Unterstützung unserer Wünsche erfahren wie in der Sache der Westgrenze.“